

Die SP kann im Aargau das Blatt wenden

Überraschungen kennzeichnen die Regierungs- und Parlamentswahlen im Mittellandkanton

Der SVP gelingt es nicht, einen zweiten Sitz in der Aargauer Exekutive zu holen. Doch ihre Chancen für den zweiten Wahlgang sind besser, als man aufgrund der schwierigen Ausgangslage erwarten konnte.

ERICH ASCHWANDEN, AARAU

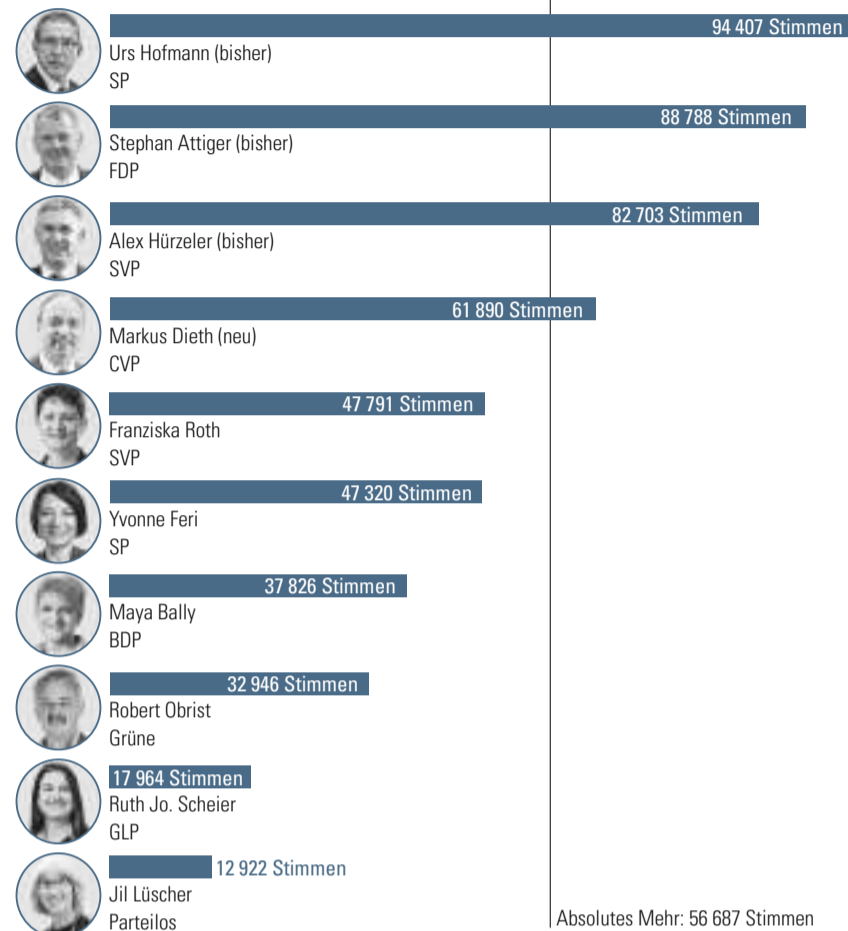
Nach dem ersten Wahlgang sind erst vier von fünf Sitzen im Aargauer Regierungsrat besetzt. Als einziger Neuer schaffte Markus Dieth von der CVP (61 890 Stimmen) den Sprung in die Exekutive. Er ersetzt seinen Parteikollegen Roland Brogli. Die neue SVP-Kandidatin Franziska Roth (47 791) schnitt zwar leicht besser ab, als es Umfragen und Prognosen hatten erwarten lassen. Doch bloss 471 Stimmen Vorsprung auf Yvonne Feri (sp.) stellen Roth kein überzeugendes Zeugnis aus. Sie blieb deutlich unter dem absoluten Mehr.

Spannung bleibt erhalten

Das Rennen um den letzten Regierungssitz wird daher im zweiten Wahlgang am 27. November entschieden. Die Ausgangslage ist nicht nur wegen des knappen Abstandes spannend. Nach dem Sonntag präsentiert sich die Regierung vorübergehend als reines Männergremium. Neben dem Neuling Dieth schaffen nämlich Urs Hofmann (sp.) mit 94 407 Stimmen, Stephan Attiger (fdp., 88 788) und Alex Hürzeler (svp., 82 703) problemlos die Wiederwahl. Keine Chance hatten die Grünen mit ihrem Kandidaten Robert Obrist, die damit von Susanne Hochuli gehaltenen Exekutivsitze verlieren.

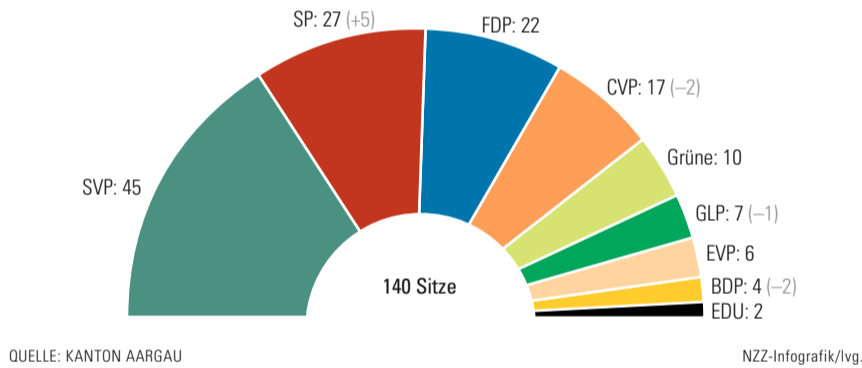
Wenn die bürgerlichen Parteien die Karten für den zweiten Wahlgang mischen, wird die Frauenfrage zum Thema. Das gilt für die SVP, die damit geliebäugelt hatte, ihre Kandidatin auszuwechseln und allenfalls mit einem bekannteren Mann anzutreten. Kantonalpräsident Thomas Burgherr hat jedoch angekündigt, man steige erneut mit Roth ins Rennen. Gespannt ist man auf den Entscheid der FDP, bei der sich die

CVP kann Sitz verteidigen
Wahlen in die Aargauer Regierung (5 Sitze)



Ausserdem erhielten Stimmen: Mia Gujer (Juso, 9320 Stimmen), Mia Jenni (Juso, 8292 Stimmen), Ariane Müller (Juso, 6819 Stimmen), Pius Lischer (IGG, 4798 Stimmen)

SP ist die grosse Gewinnerin
Wahlen in den Aargauer Grossen Rat



Begeisterung für die SVP-Anwärterin in engen Grenzen hielt.

Besser haben es in dieser Hinsicht die Sozialdemokraten. Der erste Testlauf für ihre Kandidatin Yvonne Feri ist durchaus erfolgversprechend verlaufen. Die Tatsache, dass Feri klar auf dem linken Flügel ihrer Partei verortet ist, hat ihr offenbar kaum geschadet.

Linksrutsch im Parlament

Bei den Wahlen in den 140-köpfigen Grossen Rat gab es nur eine lachende Siegerin. Entgegen den Prognosen und Umfragen konnte die SP relativ stark zulegen. Mit 5 zusätzlichen Sitzen überholte sie die FDP, mit der sie bisher gleichauf bei 22 Sitzen lag. Profiliert haben sich die Sozialdemokraten in erster Linie mit dem Widerstand gegen die allgegenwärtigen Sparmassnahmen. Die Polarisierung im Aargau dürfte sich weiter verstärken. Der Aufschwung erfasste jedoch nicht das gesamte linke Lager. Ohne ihr Zugpferd Susanne Hochuli büsst die Grünen 0,32 Prozentpunkte ein und bleiben bei 10 Sitzen.

Mit grossem Abstand stärkste Kraft im Aargau bleibt jedoch die SVP, die minim verlor und ihre 45 Sitze verteidigen konnte. Der Wähleranteil bleibt bei immer noch fast 32 Prozent. Einiges mehr erhofft hatte man sich beim Freisinn, wo man mit breiter Brust in den Wahlkampf stieg und Gewinne in allen Bezirken anstrebte. Doch die bescheidenen Wählergewinne von lediglich 0,64 Prozentpunkten reichten für einen Sitzgewinn nicht aus. Status quo statt Eroberung der absoluten Mehrheit, heisst daher das Fazit für das rechtsbürgerliche Lager.

Die grosse Verliererin war die BDP, die einbrach und 2 ihrer bisher 6 Sitze verlor. Nur dank dem guten Abschneiden im Bezirk Lenzburg bleibt die BDP überhaupt im Rat vertreten. Etwas glimpflicher kamen die Grünliberalen davon, die einen Sitz abgeben mussten. Die CVP konnte den Abwärtstrend der vergangenen Jahre nicht stoppen und verlor 2 ihrer bisher 19 Sitze. Doch blieb den Christlichdemokraten das schlimmste Szenario erspart, nämlich der Fall unter die 10-Prozent-Marke.

Kommentar

Trübe Zukunft für die Mitte

VON ERICH ASCHWANDEN

Die Aargauer Wahlen stossen jeweils auf grosses Interesse, weil sie ein Jahr nach den Nationalratswahlen stattfinden. Ausserdem gilt der Kanton als Seismograf für politische Trends. Die Nadel des Messgeräts hat ausgeschlagen und zeigt, dass sich im Verlauf des letzten Jahres einiges getan hat. Nicht unbedingt zu erwarten waren die fünf Sitzgewinne für die SP. Auch Kantonalpräsident und Nationalrat Cédric Wermuth hatte nicht mit einer so frühen und sichtbaren Morgenröte gerechnet. Doch den Sozialdemokraten ist es offensichtlich gelungen, sich als einsame Kämpfer gegen den sogenannten Rechtsrutsch zu profilieren. Dies gilt nicht für die Grünen, die stagnieren und den Regierungssitz von Susanne Hochuli verlieren.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Enttäuschend ist das vor allem für die FDP, die den nationalen Aufwärtstrend nur gebremst fortsetzen und keine Sitzgewinne einfahren konnte. Da war der Freisinn mit deutlich grösseren Hoffnungen ins Rennen gestiegen. Die SVP konnte auf kantonaler Ebene nicht davon profitieren, dass sie sich bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative als Opfer der anderen Parteien inszeniert. Allerdings ist es auch schwierig, noch einmal zuzulegen, wenn man bereits einen Wähleranteil von 32 Prozent hat.

Bedenklich sind die Resultate an den Polen für die Mitte, die eindeutige Verliererin der Parlamentswahlen. Nachdem man in den letzten Jahren Wähler an die Rechte verloren hat, scheint es nun auch Richtung links zu bröckeln. Bei der BDP wäre es beinahe zum totalen Absturz gekommen. Nur weil sie im Bezirk Lenzburg die 5-Prozent-Hürde übersprang, ist sie überhaupt noch im Grossen Rat vertreten. Die Strahlkraft von Regierungskandidatin Maya Bally reicht nicht, um den Abgang von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf aufzuwiegen. Düster sieht es auch für die CVP aus, die ihren Krebsgang fortsetzte. Mit der Aargauerin Doris Leuthard wird auch sie ihr bundesrätliches Zugpferd in absehbarer Zeit verlieren.

IN KÜRZE

Innerschweizer Klub gegen Grossraubtiere

(sda) · In der Innerschweiz formiert sich Widerstand gegen die Präsenz von Grossraubtieren. Im November soll eine entsprechende Vereinigung gegründet werden. Wölfe, Bären und Luchse sollen zum Schutz der Landwirtschaft leichter «reguliert» werden können. In der Ost- und der Westschweiz bestehen bereits ähnliche Vereine, und im Herbst 2015 ist ein nationaler Dachverband gegründet worden.

Überraschendes Konzert gegen Sparmassnahmen

(sda) · Das Luzerner Sinfonieorchester hat am Samstag in Luzern mit einem angekündigten Open-Air-Konzert gegen Sparpläne der Kantonsregierung protestiert. Das Orchester soll ab 2018 eine halbe Million Franken weniger Subventionen erhalten. Dies sei existenzgefährdend, sagen die Musiker.

Wäscherin zu Unrecht wegen Kopftuch entlassen

(sda) · Eine Grosswäscherei hat einer Muslimin, die aus religiösen Gründen mit Kopftuch zur Arbeit erschien, missbräuchlich gekündigt. Das hat ein Berner Einzelrichter entschieden. Das Unternehmen hatte Argumente der Sicherheit und der Hygiene angeführt, was als nicht stichhaltig qualifiziert wurde.

Kontroverse über aussenpolitische Präsenz Liechtensteins

Unterschiedliche Auffassungen in Liechtenstein über Botschaften im Ausland

Liechtenstein unterhält Botschaften in einigen Ländern und bei internationalen Organisationen. Ob und wie viel Repräsentation in der Welt notwendig ist, darüber sind sich Politik und Wirtschaft uneins.

GÜNTHER MEIER, VADUZ

Das Finanzsystem des Fürstentums Liechtenstein sei von einer gut funktionierenden internationalen Kooperation abhängig, betont der liechtensteinische Bankenverband in seiner «Roadmap 2020». In diesem Strategiepapier lautet die «klare Forderung an die Politik», das internationale Netzwerk weiter auszubauen und die Aussenbeziehungen gezielt zu verstärken.

Hürden abbauen

Zurückhaltender formuliert die liechtensteinische Industrie- und Handelskammer in der eben veröffentlichten «Vision 2025» die Empfehlung, die Aussenwirtschaftsbeziehungen auszubauen, um den Exportunternehmen einen möglichst ungehinderten Zugang zu den Hauptmärkten zu ermöglichen. Für die Standortattraktivität, betont der Ban-

kenverband ausserdem, sei die Mitgliedschaft Liechtensteins in internationalen Gremien und Organisationen nicht nur richtig, sondern auch wichtig.

Andere Auffassungen werden dagegen in der Politik vertreten. Die Oppositionspartei «Die Unabhängigen» hält, zumindest was die finanziellen Aufwendungen betrifft, die Aussenpolitik für «nicht mehr grössenverträglich». Etwas Rückenwind erhielten die Unabhängigen durch eine von Fürst Hans-Adam II. in einem Interview gemachte Äusserung, im Rahmen der Sparanstrengungen zur Sanierung des Staatshaushalts müsste die Notwendigkeit der Aussenvertretungen ebenfalls hinterfragt werden.

Mit einem Postulat wollten die Unabhängigen deshalb die Regierung dazu bringen, alle Botschaften unter dem Aspekt von Einsparmöglichkeiten genau unter die Lupe zu nehmen. Der Vorstoss scheiterte zwar im Parlament an den Koalitionsparteien, doch gänzlich vom Tisch scheint die Angelegenheit noch nicht zu sein.

Aus den Stellungnahmen von Parteien wird ersichtlich, dass die Botschaften in den Nachbarländern nicht angestastet werden sollen, ebenso nicht die Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York und die Präsenz bei der Europäischen Union in Brüssel. Bei

einem früheren Vorstoss der grün-alternativen Freien Liste ist jedoch ein Fragezeichen hinter die Vertretung beim Europarat in Brüssel sowie die Botschaft in Washington gesetzt worden.

Nichts von einer Reduktion der Aussenvertretungen hält Landtagspräsident Albert Frick, nach dessen Einschätzung die liechtensteinische Aussenpolitik im Vergleich mit anderen Ländern «äusserst schmal aufgestellt» ist. Das Netz an Aussenstellen hält Frick für das Minimum, was ein eigenständiger Staat mit weltweit wirtschaftlicher Verflechtung unterhalten müsse.

Weitere Anträge absehbar

Interessant bei diesen Überlegungen in politischen Kreisen ist, dass sich bisher nur die Oppositionsparteien für Einsparungen bei den Aussenvertretungen starkgemacht haben. Im Rahmen der Budgetdebatte, die für die Novembersession des Landtags vorgesehen ist, dürften entsprechende Kürzungsanträge erneut auf der Tagesordnung stehen. Anlass dafür könnte sein, dass die Regierung keine Kürzungen bei den aussenpolitischen Vertretungen vorschlägt, sondern mit geplanten Aufwendungen von knapp 16 Millionen Franken leicht über dem Budget des laufenden Jahres liegt.

Volk und Stände sollen Verhältnis zu EU bestimmen

Resolution der BDP

(sda) · Die Delegierten der Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP) haben sich am Samstag in Grenchen deutlich gegen die Atomausstiegsinitiative der Grünen ausgesprochen. Das Volksbegehren, das am 27. November vor Volk und Stände kommt, würde die Versorgungssicherheit und den Schutz von Investitionen gefährden. Dass in der Schweiz keine neuen Atomkraftwerke gebaut werden sollen, hatten der Bundesrat und das Parlament bereits nach der Atomkatastrophe in Fukushima im Grundsatz entschieden. In der Energiestrategie wurde das Verbot des Baus neuer Atomkraftwerke verankert. Die bestehenden sollen aber so lange laufen, wie die Atomaufsichtsbehörde sie als sicher einstuft. Würde die Initiative angenommen, müssten die Reaktoren zwischen 2017 und 2029 abgeschaltet werden. Die BDP-Delegierten diskutierten auch über das Verhältnis Schweiz - Europa. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution fordert die Partei, die vertragliche Beziehung zur EU in der Verfassung zu verankern und dem Souverän vorzulegen. Eine Gelegenheit, dies zu tun, bietet sich aus Sicht der BDP am Mittwoch, wenn der Bundesrat voraussichtlich über einen allfälligen Gegenvorschlag zur Rasa-Initiative entscheidet. Diese will eine ersatzlose Streichung des Zuwanderungsartikels.